

DAe der GR-Sitzung vom 23.04.2015

**Abstimmungsergebnisse**

Fraktion	Betreff
ÖVP	<b>Errichtung einer Fußgängerzone am Grazer Lendplatz auf der Fläche des Bauernmarkts</b> <i>Dringlichkeit mit Mehrheit ANGENOMMEN (gegen FPÖ), Antrag mit Mehrheit ANGENOMMEN (gegen FPÖ, SPÖ)</i>
KPÖ	<b>Straßenbenennung im neuen Stadtteil Reininghaus</b> <i>Dringlichkeit ABGELEHNT (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne, Piratenpartei)</i>
KPÖ	<b>Verbot unbezahlter Praktika und soziale Absicherung für BerufseinsteigerInnen</b> <i>Dringlichkeit mit Mehrheit ANGENOMMEN (gegen ÖVP), Antrag Pkte. 1 und 3 mit Mehrheit ANGENOMMEN (gegen ÖVP, Piratenpartei), Antrag Pkt. 2 mit Mehrheit ANGENOMMEN (gegen ÖVP), Antrag Pkt. 4 ABGELEHNT (gegen KPÖ, Grüne, Piratenpartei), Antrag Pkt. 5 ABGELEHNT (gegen KPÖ, FPÖ, Grüne, Piratenpartei)</i>
SPÖ	<b>Neue Impulse für Betriebsansiedlungen und Betriebserweiterungen</b> <i>Dringlichkeit einstimmig ANGENOMMEN, Antrag mit Mehrheit ANGENOMMEN (gegen ÖVP)</i>
FPÖ	<b>Aufrechterhaltung der Qualitätsstandards in Gewerbe und Handwerk</b> <i>Dringlichkeit einstimmig ANGENOMMEN, Antrag mit Mehrheit ANGENOMMEN (gegen Grüne, Piratenpartei)</i>
Grüne	<b>Abfallvermeidung beim Einkauf statt Marketing-Gag</b> <i>Dringlichkeit und Antrag einstimmig ANGENOMMEN</i>
Grüne	<b>Verbesserung von Integrations- und Arbeitschancen von jungen Flüchtlingen</b> <i>Dringlichkeit mit Mehrheit ANGENOMMEN (gegen SPÖ, FPÖ), Antrag mit Mehrheit ANGENOMMEN (gegen FPÖ)</i>
Piratenpartei	<b>Mobilitätskarte Graz</b> <i>Dringlichkeit mit Mehrheit ANGENOMMEN (gegen Grüne), Antrag einstimmig ANGENOMMEN</i>

GR. Thomas Rajakovics

23.04.2015

**A N T R A G**  
**zur**  
**dringlichen Behandlung**

unterstützt durch die in Gemeinderat vertretenen  
Klubs von KPÖ und GRÜNE

Betrifft: Errichtung einer Fußgängerzone am Grazer Lendplatz auf der Fläche  
des Bauernmarkts

Die drei Grazer Bezirke Lend, Gries und Jakomini sind jene, mit einem starken Bevölkerungswachstum und einer erwiesenermaßen geringen Ausstattung an Grün – und Freiflächen.

Daher sollten wir in diesen Bezirken jede Gelegenheit nutzen, um Platz für Menschen zu schaffen!

Konkret geht es um den Bereich des Bauernmarkts am Grazer Lendplatz. Während am Südende des Lendplatzes zwischen den Markthütten und dem Weißen Engel Parkplätze und eine blaue Zone eingerichtet wurden, ist für den Bereich nördlich der Markthütten, bis zur Verlängerung der Volksgartentrasse, außerhalb der Bauernmarktzeiten noch keine Nutzung vorgesehen.

Bisher haben dort Autos geparkt, was jetzt durch das Ausweisen einer blauen Zone, als zukünftige Nutzung festgeschrieben werden soll.

Bezirksvorsteher Wolfgang Krainer und ein Großteil des Bezirksrats möchten jedoch, dass dieser Teil als Fußgängerzone ausgewiesen wird.

Da, wie erwähnt, der Bezirk Lend dringend Frei- und Begegnungsflächen benötigt, und auf diesem Teil auch immer wieder Veranstaltungen stattfinden, sollten der Gemeinderat diesem Wunsch nachkommen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

**Dringlichen Antrag:**

Der zuständige Verkehrsstadtrat, Mag.(FH) Mario Eustacchio, wird ersucht, dem zuständigen Organ, in diesem Fall dem Stadtsenat, einen Beschlussantrag über die Einrichtung einer Fußgängerzone am Grazer Lendplatz auf der Fläche des Bauernmarkts vorzulegen.



**KPÖ-Gemeinderatsklub**

8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150  
+ 43 (0) 316 – 872 2151  
+ 43 (0) 316 – 872 2152  
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

**Gemeinderätin DI Christine Braunersreuther**

Donnerstag, 23. April 2015

## **Dringlicher Antrag**

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

unterstützt von



und



**piratenpartei**

### **Betrifft: Straßenbenennung im neuen Stadtteil Reininghaus**

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 16.11.2006 hat sich die Stadt Graz selbst die Vorgabe gegeben, bei künftigen Straßenbenennungen Frauennamen bevorzugt zu vergeben. Seither sind von 19 neuen Straßen auch 10 nach Frauen, 3 nach Männern und 6 mit sonstigem Bezug benannt worden.

Bei 10 Benennungen nach weiblichen Persönlichkeiten in beinahe 9 Jahren kann das Defizit eines Anteils von nur 2,5 Prozent Benennungen nach Frauen im Vergleich zu männlichen Persönlichkeiten (sonstige Bezüge sind hier nicht eingerechnet) jedoch lange nicht ausgeglichen werden. Daher ist insbesondere bei der Entwicklung neuer Stadtteile auf die Benennung von Straßen und Plätzen nach Frauen zu achten.

In einem gemeinsamen Antrag der Grünen-ALG, SPÖ, KPÖ und Pirat vom 12.6.2014 wurde daher in Anlehnung an die Forderungen aus dem Workshop zur Ausstellung LOST SPACE gefordert, dass im neuen Stadtteil Reininghaus die Straßen ausschließlich nach Frauen benannt werden sollen. In der Antwort auf den Antrag hat das Stadtvermessungsamt nun jedoch ausweichend mitgeteilt, „bezüglich Reininghaus sollten die erforderlichen Benennungen zu der erwartenden Gestaltung und Vorstellungen über die zukünftige Entwicklung dieses Gebietes passen“ – ohne dies jedoch genauer zu beschreiben.

Im Sinne der Herstellung von Gleichheit in der Repräsentation von Frauen und Männern wäre jedoch eine reine Benennung nach Straßen und Plätzen in Reininghaus nach weiblichen Persönlichkeiten unbedingt erforderlich. Damit würde man dem Beispiel von Wien-Aspern, mit

dem Reininghaus als Entwicklungsgebiet ja oft verglichen wird, folgen. Die Stadt Wien vergibt hier ausschließlich Frauennamen für Straßen und Plätze, um das bisherige Defizit in der Repräsentation von weiblichen Persönlichkeiten ein wenig auszugleichen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

### **Dringlichen Antrag**

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

**Die Stadt Graz wird aufgrund der im Motivenbericht angeführten Gründe ersucht, bei der Benennung der Straßen in Reininghaus, angelehnt an das Modell von Wien-Aspern, ausschließlich Frauennamen zu vergeben.**



**KPÖ-Gemeinderatsklub**

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

**Gemeinderat Mag. Robert Krotzer**

Donnerstag, 23. Mai 2015

**Antrag zur dringlichen Behandlung**

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

**Betrifft: Verbot unbezahlter Praktika und soziale Absicherung für BerufseinsteigerInnen**

Im Jänner 2015 waren in Österreich 472.539 Menschen ohne Job und damit so viele Menschen erwerbslos wie seit 1954 nicht. Arbeitslosigkeit geht für die Betroffenen einerseits mit finanziellen Sorgen, Zukunftsängsten und Stress einher, andererseits erhöht sie auch den Druck, Arbeit mit geringer Entlohnung, fehlender sozialer Absicherung und schlechten Arbeitsbedingungen anzunehmen. Davon betroffen sind nicht zuletzt viele junge Menschen, die sich trotz oftmals guter Ausbildung als Teil der „Generation Praktikum“ von Job zu Job hanteln müssen und dabei nur mäßig oder schlichtweg gar nicht entlohnt werden. Unbefristete Arbeitsverträge, die bei entsprechender Entlohnung soziale Absicherung garantieren, liegen für immer mehr junge Menschen in schier unerreichbarer Ferne.

Dass es sich dabei um keine subjektive Wahrnehmung handelt, soll hier mit zwei Zahlen unterlegt werden: Im März 2015 waren österreichweit über 20.000 Uni-AbsolventInnen arbeitslos, womit sich die AkademikerInnenarbeitslosigkeit innerhalb von acht Jahren mehr als verdoppelt hat.<sup>1</sup> Demgegenüber steht die Tatsache, dass die Hälfte der berufstätigen Menschen unter 30 Jahren befristete oder sogenannte freie Dienstverhältnisse hat, wie das Forschungsinstitut Forba erhoben hat.

Eine besonders unverschämte Form der Ausnutzung dieser prekären Lage von mehr und mehr jungen Menschen stellt die Zunahme unbezahlter Praktika dar. *„Monatelange Vertretungen von Beschäftigten, die in Karenz sind, zum Nulltarif, oder Lehrverhältnisse, die nach dem Praktikum in Aussicht gestellt werden und dann nach einem Monat im Weihnachtsgeschäft ohne Angabe von Gründen gekündigt werden, werden uns genauso gemeldet wie viele krass unterbezahlte Arbeitsverhältnisse und andere arbeitsrechtliche Umgehungen“*, heißt es dazu von der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA-djp).

PraktikantInnen werden so systematisch als Arbeitskräfte eingesetzt, mit Ausbildung hat diese ausbeuterische Praxis höchstens periphär zu tun. Um den hohen Anforderungen von Unternehmen zu entsprechen oder schlicht aus purer Verzweiflung fühlen sich junge Menschen

---

<sup>1</sup> Die gestiegene Anzahl von StudienabgängerInnen kann dabei nur ein kleiner Teil der Erklärung sein: Während diese im genannten Zeitraum um 58 Prozent angewachsen ist, stieg die AkademikerInnenarbeitslosigkeit um ganze 135 Prozent.

gezwungen, sich auf diesen Deal einzulassen. Der Preis dafür ist hoch, bleibt am Ende trotz Bezahlung, die noch nicht einmal die Fixkosten abdeckt, doch vielfach anstelle der erhofften Fixanstellung nur ein Platz in der Warteschleife des nächsten Unternehmens.

Über Wochen und Monate hinweg Praktika zu absolvieren, die noch nicht einmal die Lebenshaltungskosten decken, setzt aber bereits (eine meist von den Eltern geleistete) finanzielle Unterstützung voraus. In diesem Licht sind auch die Aussagen von AMS-Vorstand Kopf zu werten, der kürzlich gegenüber dem Nachrichtenmagazin „profil“ meinte: *„Die Generation Praktikum existiert nach unseren Zahlen nicht.“* Ein Grund zum Aufatmen ist das nicht, im Gegenteil: Gerade für Kinder aus ArbeiterInnenfamilien und jene ohne familiäre finanzielle Unterstützung ist noch nicht mal der Einstieg in die „Generation Praktikum“ leistbar. Das Problem wird hier insofern verlagert, als viele StudienabsolventInnen Jobs annehmen (müssen), die weder mit ihrer Ausbildung in einem Zusammenhang stehen, noch eine existenzsichernde Entlohnung bieten.

Graz kann als Universitätsstadt und Wohnort von zehntausenden Studierenden und StudienabsolventInnen die mit dem geschilderten Phänomen einhergehenden existenziellen Sorgen von mehr und mehr jungen Menschen nicht ignorieren. Der Gemeinderat der Stadt Graz sollte eine Vorreiterrolle einnehmen und sich für Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen von StudienabsolventInnen aussprechen und stark machen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag zur dringlichen Behandlung**  
(gem. § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Die Stadt Graz fordert die österreichische Bundesregierung auf, folgende gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen zur sozialen Besserstellung junger BerufseinsteigerInnen zu schaffen:

1. Ein **gesetzliches Verbot von Volontariaten** (unbezahlte „Praktika“), die keinen Ausbildungszweck haben und zur Umgehung von Arbeitsverhältnissen geeignet sind.
2. **Einführung eines Praktikumsgesetzes**, das Praktika, die im Rahmen einer schulischen/universitären Ausbildung vorgeschrieben sind, klar rechtlich definiert und von anderen Beschäftigungs- und Tätigkeitsformen abgrenzt. Darin müssen Standards bezüglich Arbeitszeit, Mindestentgelt, Arbeitsvertrag, Bildungsziele, Betreuungsstruktur und Praktikumszeugnis festgelegt werden.
3. Unterstützung der Forderung nach **Aufnahme von Praktika in die Kollektivverträge**: Die Aufnahme der Verwendungsgruppe „PraktikantInnen aus Fachhochschulen und Universitäten“ in die Lohn Tabelle.
4. **Job-Offensive für BerufseinsteigerInnen und Anspruch auf Arbeitslosengeld** auch für über 25-jährige StudienabsolventInnen **nach 6-monatigem arbeitslosenversicherungspflichtigem Beschäftigungsverhältnis**.
5. Schaffung eines **Stipendiensystems für Praktika im NGO-Bereich**.

Betreff: Neue Impulse für Betriebsansiedlungen und  
Betriebserweiterungen



GRAZ

**Gemeinderatsklub**

A-8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at

## **DRINGLICHER ANTRAG**

**an den Gemeinderat  
eingebracht von Frau Gemeinderätin Mag. Susanne Bauer  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 23. April 2015**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe KollegInnen und Kollegen!

Ungebrochen ist ein überaus besorgniserregender Trend: Die Arbeitslosenzahlen in Graz nehmen weiter sukzessive zu – und die ExpertInnen des AMS sehen keinen Anlass zu Annahme, dass sich dies in den nächsten Jahren von sich aus ändern wird. Mit 19.041 Arbeitslosen verzeichnete der Arbeitsmarktbezirk Graz im März dieses Jahres eine Steigerung um 13,2 Prozent gegenüber dem März des Vorjahres – steiermarkweit waren es 8,7 Prozent plus. Lediglich der Arbeitsmarktbezirk Judenburg hat mit plus 18,8 Prozent eine noch schlechtere Entwicklung als Graz zu verzeichnen. Dementsprechend ist die Arbeitslosenquote mit 11,2 Prozent erschreckend hoch.

Richtig ist zwar – und auch das darf nicht unerwähnt bleiben – dass die Zahl der Beschäftigten in Graz im Februar mit einem Plus von einem Prozent in den vergangenen zwölf Monaten leicht zunahm. Aber: Unsere Region wächst natürlich auch von den Bevölkerungszahlen her sukzessive, was fast zwangsläufig zu einem weiteren Ansteigen der Arbeitslosenzahlen führen wird, wenn sich nicht die Wirtschaftslage insgesamt verbessert – oder Gegenmaßnahmen gesetzt werden. Ersteres halten Fachleute für unwahrscheinlich, befürchten für die nähere Zukunft sogar das Gegenteil. Was zwangsläufig wohl nur einen Schluss zulässt: Wir brauchen in Graz eine Arbeitsplatzinitiative, einen Beschäftigungsimpuls. Und das wird wohl primär nur über den Weg von Betriebsansiedlungen bzw. Betriebserweiterungen gelingen. Darüber sind sich in diesem Hause wahrscheinlich alle einig: Unternehmen schaffen Arbeitsplätze.

Die Kernfrage dazu ist aber: Schaffen wir als Stadt aber auch die besten Rahmenbedingungen für die Unternehmen, um Betriebsansiedlungen bzw. Betriebserweiterungen zu forcieren? Einfache, schnelle Antworten auf derart komplexe Fragestellungen halte ich für wenig zielführend, ja gar für unmöglich. Was wir als Stadt zu allererst tun müssten, ist eine (selbst)kritische Reflexion, was Betriebsansiedlungen bzw. –erweiterungen betrifft. Mit Fragestellungen wie:

- Das „Haus Graz“ tut in diesem Bereich viel – aber tut es wirklich alles, dies bestmöglich und koordiniert?

- Geben wir als Stadt Unternehmen die erforderliche Sicherheit und Perspektive für künftige Ansiedelungen und Erweiterungen?
- Haben wir alle potenziellen PartnerInnen in diesem Bereich miteinbezogen?
- Bewerben wir unsere standortbezogenen Assets ausreichend?
- Sind wir als Stadt wirklich bestmöglich „aufgestellt“ für den „Empfang“ neuer Unternehmen?
- Wie sehen die Angebote anderer Städte im Vergleich dazu aus?

Nur durch eine gesamtstädtische Aufarbeitung dieser entscheidenden Fragestellungen, und dies idealerweise unter Einbeziehung von Fachleuten der Sozialpartner und des AMS lässt sich eine geeignete Basis für weitergehende Lösungsschritte zur Forcierung von Betriebsansiedelungen bzw. -erweiterungen finden.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

Dringlichen Antrag:

Wirtschaftsstadtrat Univ.Doz. DI Gerhard Rüschi wird beauftragt, im Sinne des vorliegenden Motivenberichts und unter Einbindung der WK, der Industriellenvereinigung, des AMS und der Arbeiterkammer eine ressortübergreifende Stärken-/Schwächen-Analyse des Aufgabenfeldes „Betriebsansiedelungen/-erweiterungen“ für das gesamte „Haus Graz“ zu veranlassen; dem Gemeinderat ist bis Oktober dieses Jahres ein Bericht zur weiteren Beratung vorzulegen.

Gemeinderätin Claudia Schönbacher  
**Dringlicher Antrag**

An den  
Gemeinderat der  
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 22.04.2015

Betreff: Aufrechterhaltung der Qualitätsstandards in Gewerbe und Handwerk  
**Dringlicher Antrag**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Rahmen der Abschlussveranstaltung des Binnenmarktforums Ende März in Riga forderte die für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und Klein- und Mittelbetriebe zuständige EU-Kommissarin Bieńkowska den weiteren Abbau von Marktzugangshürden für Unternehmensgründer sowie Klein- und Mittelbetriebe innerhalb der Europäischen Union und erhöht damit den Reformdruck auf die EU-Mitgliedstaaten. Im Zuge zahlreicher Konferenzen während der letzten Monate hat die EU-Kommission mit Nachdruck darum ersucht, neue Wege zur Ausschöpfung des Potenzials des EU-Binnenmarktes zu suchen. Dabei wurden die EU-Länder aufgefordert, ihre Berufszugangsvorschriften auf den Prüfstand zu stellen und gegebenenfalls zu reformieren. Die EU-Kommission hat bereits in der Vergangenheit im Rahmen ihrer Länderempfehlungen demonstriert, dass eines ihrer Lieblingsthemen der angeblich mangelnde Wettbewerb im Dienstleistungssektor ist und kritisiert dabei, dass in vielen Handwerksbranchen nach wie vor ein Meisterbrief oder eine gleichwertige Qualifikation erforderlich ist, um einen Betrieb zu führen.

In der Steiermark haben wir in der Sparte Gewerbe und Handwerk 9.561 Arbeitgeberbetriebe mit insgesamt 110.069 Beschäftigten - davon 31,1% Frauen - 2.621 Lehrbetriebe und 7.378 Lehrlinge. Die Zahl an abgeschlossenen Meisterprüfungen ist von 156 im Jahr 2013 auf 201 gestiegen, die der abgeschlossenen Befähigungsprüfungen im gleichen Zeitraum von 131 auf 136. 2013 gab es 334 Prüfungsantritte zur Unternehmerprüfung, wobei auch hier ein Anstieg auf 353 für 2014 zu verzeichnen ist. Die Sparte Gewerbe und Handwerk befindet sich glücklicherweise im Aufwind. Einer der Gründe ist die hervorragende Qualität der Ausbildungsplätze und unser duales Ausbildungssystem - Betrieb und Berufsschule. Jene Gewerbebetriebe, die einer Zulassung unterliegen, garantieren die duale Ausbildung. Diese qualifizierten Unternehmen sind verlässliche Partner

am heimischen Wirtschaftsstandort und sichern die Weitergabe wertvollen Wissens im Rahmen der Lehrlingsausbildung.

Eine sehr aktuelle österreichweite Umfrage hat ergeben, dass 95 % der Konsumenten Meisterbetrieben eine hohe Qualität bei der Erbringung ihrer Leistungen bescheinigen sowie dass 93 % der Kunden sich sicher fühlen, wenn sie einen geprüften Handwerker mit Meisterprüfung beauftragen. 68 % der Bevölkerung lehnen es ab, die Meisterprüfung abzuschaffen und jedes Gewerbe für jeden Interessenten ohne Nachweis einer Befähigung zuzulassen. Drei Viertel der Österreicher sind davon überzeugt, dass die Meisterprüfung als Berufsqualifikation ein wichtiger Schutz für Konsumenten ist. Die Meisterprüfung als Berufsqualifikation ist ein wichtiger Nachweis für hohe Qualität der Produkte und der gewerblichen Dienstleistungen und garantiert eine gute Ausbildung unserer Jugend und sichert die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Die Meister- und Familienbetriebe zeigen gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten große Krisenfestigkeit und sind damit ein erfolgreiches Gegenmodell zu globalisierten Konzernstrukturen. Aber nicht nur die Meisterprüfung, sondern auch Berufspraxis über einen längeren Zeitraum und ein individueller Befähigungsnachweis führen zu erfolgreichem Unternehmertum. Diese Ausbildungsstandards und die Förderung von Begabungen und Talenten sind Rahmenbedingungen für einen exzellenten Fachkräfte-Nachwuchs und führen zu einer erfolgreichen Zukunft mit einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft.

Nun plant die EU eine Liberalisierung für den Zugang zum Handwerk. Dazu gibt es in Deutschland bereits besorgniserregende Erfahrungswerte. 2004 hat Deutschland für mehr als die Hälfte der Gewerbe die Meisterprüfung abgeschafft, was zu einem enormen Anstieg von Betriebsgründungen geführt hat. In weiterer Folge dieser Entwicklung konnte ein deutlich spürbarer Abfall der Qualität der einzelnen Jung-Betriebe festgestellt werden. Ein Unterbietungswettbewerb wurde in Gang gesetzt, und die Anzahl von „Billig-Betrieben“ nahm rasant zu und führte letztlich zu einem Vertrauensverlust in die Handwerkszunft. Alle zulassungsfreien Berufe in Deutschland zusammengenommen bilden aktuell nur noch fünf Prozent der Lehrlinge aus. In den zulassungsfreien Handwerken sind vor allem Ein-Mann-Unternehmen entstanden, in denen weder beschäftigt noch ausgebildet wird. In nicht wenigen Fällen ist die selbstständige Existenz in diesen Bereichen eine Selbstausbeutung, die der Unternehmer betreibt, um sich über Wasser halten zu können. Der Meistertitel befähigt fachlich und betriebswirtschaftlich zur erfolgreichen Betriebsgründung und -übernahme.

Eine Nachfrage bei der Schuldnerberatung hat ergeben, dass es auch bei uns bereits in manchen Branchen sehr viele Ein-Personen-Unternehmen gibt, die kurz vor dem Konkurs stehen, da diese meist nicht über das nötige unternehmerische Wissen verfügen um ihre Kennzahlen auszuwerten. Eine drohende Konsequenz bei einer weiteren Öffnung des Marktes sind unzureichend qualifizierte Ausbildungsplätze für unsere Jugend, denn wer selbst nicht ausreichend ausgebildet ist, kann auch kein Wissen weitergeben. Das Erfordernis von meisterlichen Kenntnissen in vielen Handwerksberufen ist kein Gründungshemmnis, sondern eine äußerst erfolgreiche Unternehmerschulung, die selbstständigen Existenzen zum Erfolg und zur Nachhaltigkeit verhilft.

Deshalb sollten wir uns als Stadt Graz zur Meisterprüfung als Vorgabe für einen fairen Wettbewerb und zum Schutz der Konsumenten bekennen. Unsere Ausbildungsstandards

müssen auf jeden Fall erhalten bleiben und aufgewertet werden. Gewerbe und Handwerk sollen sich auch zukünftig durch hohe Qualifikation auszeichnen. Wir setzen uns damit für eine hohe Überlebensfähigkeit der Unternehmen ein und sichern unserem Handwerks-Nachwuchs eine hochwertige und nachhaltige Ausbildung für eine erfolgreiche Zukunft.

Daher stelle ich im Namen des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

**Dringlichen Antrag**

gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat  
der Landeshauptstadt Graz

**Der Gemeinderat wolle beschließen:**

**Die Stadt Graz erkennt vor dem Hintergrund hoher Arbeitslosigkeit, dass nur vorausschauende Strategien langfristig zu einer nachhaltigen Entschärfung der heimischen Arbeitsmarktsituation beitragen werden, sie bekennt sich zur Aufrechterhaltung der Qualität ihrer Handwerksbetriebe und lehnt aus diesem Grund eine weitere Liberalisierung von Berufszugangsvorschriften, wie sie von der EU-Kommission gefordert wird, entschieden ab. Diese Erklärung ist den zuständigen Stellen des Bundes auf geeignete Weise zur Kenntnis zu bringen.**



## **Dringlicher Antrag**

### **der Grünen-ALG**

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 23. April 2015

von

**GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Andrea Pavlovec-Meixner**

#### **Betrifft: Abfallvermeidung beim Einkauf statt Marketing-Gag**

In der Stadtsenatssitzung vom 17. April 2015 wurde trotz deutlicher Bedenken seitens AbfallexpertInnen beschlossen, die Aktion „Plastiksackerlfreie Bauernmärkte“ der Landwirtschaftskammer Steiermark, bei der den StandbetreiberInnen Biokunststoffsackerln zur Verfügung gestellt werden, mit einer Förderung von insgesamt 6.000,- Euro zu unterstützen.

„Das städtische Umweltamt als Fachabteilung für Belange der Abfallwirtschaft hat mit einigen Anmerkungen aus ökologischer und vor allem abfallwirtschaftlicher Sicht bekräftigt, dass dieses Projekt einen Ansatz in Richtung Bewusstseinsbildung, nicht aber die Lösung der Gesamproblematik bieten kann und insbesondere darauf aufmerksam gemacht, dass es noch viele offene Fragen gibt, insbesondere was die Verwertungsschiene für Biokunststoffe anlangt“ (Zitat aus dem Stadtsenatsstück).

Der Bioabfall der Stadt Graz wird im Sinne einer ökologischen Kreislaufwirtschaft einer landwirtschaftlichen Kompostierung zugeführt. Im Unterschied zu einer industriellen Kompostieranlage werden dabei weder die hohen Temperaturen noch eine ausreichende Verweildauer erreicht, um eine 100-prozentige Kompostierung von Biokunststoffen zu ermöglichen. Sämtliche (Bio)Kunststoffe müssen daher händisch aussortiert werden. Aus diesem Grund steht auch die Holding Graz dem - noch dazu geförderten - Einsatz von Bioplastiksackerln sehr skeptisch gegenüber und verweist darauf, dass „es besonders wichtig sei, dass der kompostierte Bioabfall aus Graz als „Qualitätskompost“ und „Gartenerde“ durch die Holding Graz und damit durch die Kreislaufführung in der Stadt möglichst frei an Störstoffen ist“. Hier würde nur eine getrennte Sammlung und eine eigene teure Verwertungsschiene für Biokunststoffe Abhilfe schaffen. In Kompostanlagen in Gärten ist die

vollständige Kompostierung naturgemäß auch nicht einfach, es bleiben nach wie vor Mikropartikel im Kompost.

Weiters ist für die KonsumentInnen eine Unterscheidung zwischen herkömmlichen „Kunststoffsackerln“ und „Biokunststoffsackerln“ schwierig, weshalb bei einer Empfehlung, Biokunststoffsackerln in der Biotonne zu entsorgen, eine hohe Fehlwurfquote entsteht, da vermehrt auch konventionelle Plastiksackerln eingebracht werden.

Auch der Abfallwirtschaftsverband Graz-Umgebung hält in einer Stellungnahme zur Aktion „Plastiksackerlfreie Bauernmärkte“ fest: „Das große Problem der überall aufkeimenden Säcke, auf welchen „100% abbaubar“ steht, ist ganz klar die Verwirrung der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf die korrekte Entsorgung. Hier setzen wir mit der klaren Formulierung auf den begleitenden Foldern an, dass Säcke dieser Art als Verpackung im Gelben Sack/in der Gelben Tonne zu entsorgen sind.“ Letztlich tragen also auch die Biokunststoffsackerln wieder zum Müllberg statt zur Abfallvermeidung bei.

Bei Mitsammlung im Restmüll wiederum werden Kunststoffe aller Art als „Leichtfraktion“ mechanisch aussortiert und der Verbrennung zugeführt, wobei die Biokunststoffe dort Probleme wie z.B. Verklebung der Anlage verursachen, wie auch das Umweltministerium bestätigt.

Daher gibt es seitens des Grazer Umweltamts bis dato keine Verwendungsempfehlung oder Förderung von „Biokunststoffsackerln“. Auch der Abfallwirtschaftsverband Graz Umgebung hält fest, dass sich „an der grundsätzlichen Sinnhaftigkeit von biologisch abbaubaren Säcken zweifeln lässt“ und weiter: „Ein wichtiger Aspekt für unsere Beteiligung (am Projekt „Plastiksackerlfreie Bauernmärkte“) in Bezug auf die Kommunikation an die Bürgerinnen und Bürger ist die Beratung betreffend Abfallvermeidung: die Kundinnen und Kunden sollen zur Mitnahme von Körben und wiederverwendbaren Säcken motiviert werden, die Verkäuferinnen und Verkäufer zum achtsameren Umgang mit Ressourcen.“

Die Bemühungen einzelner Unternehmen im Kampf gegen Plastikberge, welche ja aktuell auch in der sehr sehenswerten Ausstellung „Endstation Meer“ im Joanneum thematisiert werden, sollen mit diesem Antrag nicht geschmälert werden. An erster Stelle muss aber Abfallvermeidung stehen und nur dort, wo es keine Alternativen gibt, soll auf möglichst umweltschonende Verpackungsmaterialien zurückgegriffen werden. Die im Rahmen der Aktion „Plastiksackerlfreie Bauernmärkte“ verteilten Bioplastiksackerln wären aber leicht zu ersetzen. Die Landwirtschaftskammer setzt hier aber auf einen Marketing-Gag, packt das Problem nicht an, sondern täuscht den KonsumentInnen eine Lösung vor, die bei genauerem Hinsehen unter den derzeitigen Rahmenbedingungen keine nachhaltige ökologische Lösung ist.

Trotz dieser vielen kritischen Stimmen und der Zusage der Landwirtschaftskammer, das Thema Abfallvermeidung zentral zu kommunizieren, lesen sich die Medienmeldungen vom letzten Wochenende ganz anders: „Plastiksackerln sollen durch umweltfreundliche und abbaubare Biotragetaschen ersetzt werden“, „nach 180 Tagen am Kompost sind sie (die Sackerln) vollständig verrottet“ oder „Ziel ist der Ersatz der Plastiksäcke durch umweltfreundliche, zu 100 Prozent biologisch abbaubare Biobags aus Kartoffelstärke“...

Keine Rede davon, KundInnen zur Mitnahme von Körben oder wiederverwendbaren Säcken und die VerkäuferInnen zum achtsameren Umgang mit Ressourcen zu motivieren. Ganz abgesehen davon, dass die Aussagen zur Kompostierbarkeit im Kontext mit der landwirtschaftlichen Kompostierung der Stadt Graz nicht korrekt sind, wird auf das Thema Abfallvermeidung mit keinem Wort eingegangen. Dabei wäre es so einfach, mit jahrelang wieder verwendbaren Körben oder Stofftaschen die Einkäufe auf unseren Bauernmärkten und nicht nur dort zu erledigen. Es ist mittlerweile gerade auf Bauernmärkten durchaus schon üblich, sich die Ware in selbst mitgebrachte Gefäße abfüllen zu lassen und in zahlreichen Grazer Geschäften ist die Frage, ob ein Sackerl wirklich benötigt wird und dieses dann auch zu verrechnen, zur Normalität geworden.

Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

### **Dringlichen Antrag**

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen, dass

- 1) die Stadt Graz im Sinne der Abfallvermeidung in Zukunft bei Einkaufsinitiativen nur vielfach wiederverwendbare Sackerln und Taschen, z.B. aus Stoff oder aus Papier fördert
- 2) die fördergebende Stelle der Stadt Graz die Landwirtschaftskammer auffordern möge, die zugesagte Bewusstseinsbildung und Beratung, betreffend Abfallvermeidung auf den Bauernmärkten, umgehend zu starten.



## **Dringlicher Antrag**

### **der Grünen-ALG**

eingebraucht in der Gemeinderatssitzung vom 23. April 2015

von

**GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Astrid Polz-Watzenig**

#### **Betrifft: Verbesserung von Integrations- und Arbeitschancen von jungen Flüchtlingen**

Die GRÜNE Salzburger Landesrätin Mag. Martina Berthold hat Ende März 2015 ein speziell konzipiertes Ausbildungsprogramm zur Nachholung des Pflichtschulabschlusses zur Erhöhung der Integrations- und Arbeitschancen von jungen Flüchtlingen vorgestellt. Die Intention der Landesrätin: "Salzburg hat bereits viele Menschen in Not aufgenommen. Jene mit positivem Asylbescheid werden bleiben und diese Gruppe müssen wir ehestmöglich integrieren. Das Nachholen des Pflichtschulabschlusses eröffnet den Flüchtlingen Berufsausbildung und Arbeitsmöglichkeit. Bildung ist – wie so oft – auch hier der „Schlüssel zur Zukunft“.

Bei Asylwerbenden beschränken sich die Arbeitsmöglichkeiten auf gemeinnützige Beschäftigung sowie sehr eingeschränkt auf Tätigkeiten als Selbstständige. Erst mit dem Flüchtlingsstatus steht ihnen der uneingeschränkte Zugang zum Arbeitsmarkt offen, gleichzeitig fällt diese Personengruppe aus der Grundversorgung.

Speziell syrische Asylwerbende werden aufgrund der kritischen Situation in ihrem Heimatland innerhalb kürzester Zeit zu anerkannten Flüchtlingen, hier stehen auch das Land Steiermark und die Stadt Graz vor einer großen Herausforderung: Diese Menschen sind oft nur wenige Monate im Land und sollen plötzlich – ohne ausreichende Sprachkenntnisse, entsprechende Ausbildung und sozialen Rückhalt durch Verwandte oder Bekannte – ihren Lebensunterhalt selber bestreiten.

Bei dieser Problemstellung setzt das Salzburger Programm an: Noch während des Verfahrens kann mit dem Nachholen des Pflichtschulabschlusses begonnen werden, Intensiv-Deutsch-Kurs inklusive. Für die Flüchtlinge ist dies entweder der Einstieg in weitere Bildungs- bzw. Ausbildungswege oder aber – falls sie bereits in ihrem Heimatland eine Ausbildung erfahren haben – der schnellste Weg zur Integration auf dem Arbeitsmarkt. „Dieses Kursprogramm schafft Chancen und Perspektive – und damit die Voraussetzung für erfolgreiche Integration“, betonte Landesrätin Berthold. Die Finanzierung wird durch das Land Salzburg gesichert, die Umsetzung in Salzburg wird durch das BFI erfolgen. Die ersten Kurse starten im Mai und laufen bis Juni 2016.

Eine Initiative wie in Salzburg würde es insbesondere jungen Flüchtlingen in der Steiermark ermöglichen, kostenlos den Pflichtschulabschluss nachzuholen und somit einen wesentlichen Grundstein in Richtung beruflicher Qualifizierung zu legen. Mit einem Pflichtschulabschlusszeugnis steigen die Chancen am Arbeitsmarkt deutlich an. Ein weiterer Ansatz der in Salzburg praktiziert wird ist, dass neben dem Pflichtschulabschluss noch intensive Maßnahmen zur beruflichen Integration gesetzt werden, womit eigenständige Lebensperspektiven für die Flüchtlinge geschaffen werden und diese nicht längerfristig auf die Mindestsicherung angewiesen bleiben.

Hingewiesen sei noch auf den dreifachen Effekt der Salzburger Maßnahme, der auch auf die Steiermark übertragbar wäre: Die Kombination der mitgebrachten beruflichen Kenntnisse der Flüchtlinge mit dem Ausbildungsprogramm können zur Integration in jene Berufsfelder, in denen Arbeitskräftemangel herrscht, führen. Somit ist diese Zukunftsinvestition für anerkannte Flüchtlinge auch eine Zukunftsinvestition für die regionale Wirtschaft und last but not least wird so das Sozialbudget entlastet. Diese schnelle und zielgerichtete Reaktion auf die aktuelle Situation ist auch für die Stadt Graz absolut erstrebenswert. Deshalb stelle ich Namens des Grünen Gemeinderatsklubs – ALG folgenden

### **Dringlichen Antrag**

Der Gemeinderat der Stadt Graz tritt am Petitionsweg an Soziallandesrat Siegfried Schrittwieser, Bildungslandesrat Mag. Michael Schickhofer und Integrationslandesrätin Dr.<sup>in</sup> Bettina Vollath heran und fordert die Entwicklung und Umsetzung eines speziell konzipierten Ausbildungsprogrammes zur Nachholung des Pflichtschulabschlusses für anerkannte Flüchtlinge mit dem Ziel, die Integrations- und Arbeitschancen insbesondere von jungen Flüchtlingen in der Steiermark zu verbessern.



Piratenpartei Graz  
Radetzkystrasse 3/1  
8010 Graz  
0660/1830366

[philip.pacanda@piratenpartei.at](mailto:philip.pacanda@piratenpartei.at)  
[steiermark.piratenpartei.at](http://steiermark.piratenpartei.at)

Gemeinderat Philip Pacanda, BSc. MA.

Donnerstag 23. April 2015

### **Dringlicher Antrag**

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderats)

#### **Betrifft: Mobilitätskarte Graz**

Wenn man in Graz versucht eine Strecke mit den verschiedenen Verkehrsmitteln die angeboten werden zurückzulegen, dann merkt man schnell, dass es hier noch Verbesserungspotential gibt. Will man z.B. mit dem geliehenen Elektroauto zum Parkplatz in einer Tiefgarage, das Auto dort an die Ladestation anhängen, mit der Straßenbahn weiter, und dann mit dem geliehenen Citybike oder mit dem Taxi bis ans Ziel - so ist der Prozess der Reservierung und Bezahlung der einzelnen Dienstleistungen teilweise so kompliziert und langwierig das man das Vorhaben unterlässt.

In den Zielen der Mobilitätsstrategie 2020 der Stadt ist z.B. zu lesen: "Erhöhung des ÖV-Anteils, Erhöhung des Radverkehr-Anteils, Steigerung des Besetzungsgrades von Pkw, Reduktion der Anzahl der Kfz-Wege der Grazer Wohnbevölkerung trotz Bevölkerungszuwachs"<sup>1</sup>

Wien ist hier einen - wie ich finde - interessanten Weg gegangen und kann hier gut und gerne "SMART-City" genannt werden. Es wird versucht die verschiedenen Angebote zu bündeln - in einer Karte mit dementsprechenden Vergünstigungen. So bekommt man in Wien die Wien-Karte um einen Euro/Monat teurer als die Jahreskarte für die Wiener Linien, aber mit diversen Sonderleistungen die sukzessive ausgebaut werden. So besteht die Möglichkeit, mit dieser Karte Parkgaragen günstiger zu nutzen, bei Ladestationen der Wien-Energie erhält man 10% Rabatt, und im Wiener Fahrradverleih bekommt man die erste Stunde gratis und die Anmeldegebühr entfällt.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> [http://www.graz.at/cms/dokumente/10191191\\_4438924/e8c23751/Ziele\\_einzelseiten\\_klein.pdf](http://www.graz.at/cms/dokumente/10191191_4438924/e8c23751/Ziele_einzelseiten_klein.pdf)

<sup>2</sup> <http://www.wien-mobil.at/de/aktuell/204>

Für Graz wäre so ein System auch dringend notwendig, es könnten hier Verleihmöglichkeiten für die E-Cars der Stadt Graz geschaffen werden, sowie auch weitere CarSharing Firmen ins Boot geholt werden.



3

**Antrag zur dringlichen Behandlung**  
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderats)

Der Grazer Gemeinderat möge beschließen:

Die zuständigen Abteilungen werden ersucht, gemeinsam mit den betroffenen Unternehmen des Hauses Graz zu prüfen, wie eine Umsetzung einer Mobilitätskarte Graz, wie im Motivenbericht beschrieben, ab dem Jahr 2016 erreicht werden kann.

Den zuständigen Ausschüssen ist darüber Bericht zu erstatten und ein entsprechendes Beschlussstück zur nächstmöglichen Sitzung vorzubereiten.

---

<sup>3</sup> [https://wiki.piratenpartei.at/w/images/4/42/Mobilitätskarte\\_Graz.jpg](https://wiki.piratenpartei.at/w/images/4/42/Mobilitätskarte_Graz.jpg) eigenes Design, Transport Icons designed by Freepik, Bürgermeister Foto: Stadt Graz / Fischer